

Bundesgesetzblatt ¹⁹⁰⁵

Teil II

Z 1998 A

1976	Ausgegeben zu Bonn am 27. November 1976	Nr. 62
------	-----------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
7. 10. 76	Bekanntmachung des deutsch-norwegischen Protokolls über eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Industrie und der Energie	1905
15. 10. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Gambia über Kapitalhilfe	1906
29. 10. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	1908
29. 10. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über das Verhalten beim Fischfang im Nordatlantik	1910
6. 11. 76	Bekanntmachung der Protokolle zur dritten Verlängerung des Weizenhandels- und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971	1912
9. 11. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung des Europarats sowie über die Änderung ihres Artikels 26	1923
9. 11. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls wegen Verbots des Gaskriegs	1924
9. 11. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	1924
9. 11. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe	1925
9. 11. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Leistung freiwilliger Beiträge zur Durchführung des Vorhabens zur Erhaltung des Borobudur	1925
9. 11. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über Flüchtlingsseeleute	1926
12. 11. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 56 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Krankenversicherung der Schiffsleute	1926
12. 11. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 63 der Internationalen Arbeitsorganisation über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und der Industrie, einschließlich des Baugewerbes, sowie in der Landwirtschaft	1927
22. 11. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	1927

Bekanntmachung des deutsch-norwegischen Protokolls über eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Industrie und der Energie

Vom 7. Oktober 1976

In Oslo ist am 19. August 1976 ein Protokoll zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Norwegen über eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Industrie und der Energie unterzeichnet worden. Das Protokoll ist

am 19. August 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. Oktober 1976

Der Bundesminister für Wirtschaft
Im Auftrag
Dr. Everling

Protokoll

Der königlich norwegische Industrieminister, Bjartmar Gjerde, und der Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Hans Friderichs, haben bei ihrem Zusammentreffen in Oslo am 19. August 1976 den Wunsch ihrer Regierungen bekräftigt, die Zusammenarbeit zwischen dem Königreich Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Industrie und der Energie zu erweitern. Sie sind der Auffassung, daß die Wirtschaftsstruktur beider Länder und die speziellen Möglichkeiten, die sich aus den Energievorkommen Norwegens ergeben, zahlreiche und gute Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit auf breiter und langfristiger Basis zwischen Unternehmen beider Länder bieten.

Die Minister sind übereingekommen, so schnell wie möglich zu klären, welche konkreten, schnell zu realisierenden Möglichkeiten für eine derartige Zusammenarbeit bestehen und auf welche Weise die Regierungen zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Länder beitragen können.

Zu diesem Zwecke setzen sie einen gemeinsamen Ausschuß ein, der aus Vertretern der Behörden unter Vorsitz der zuständigen Staatssekretäre des norwegischen Industrieministeriums und des BMWi besteht und an dessen Sitzungen jeweils Vertreter der in Betracht kom-

menden Wirtschaftskreise teilnehmen. Der Ausschuß wird Kontakte und Gespräche zwischen den in Betracht kommenden Wirtschaftszweigen und Unternehmen zur Untersuchung der konkreten Möglichkeiten der Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen ermutigen und fördern und, soweit zweckmäßig, Arbeitsgruppen einsetzen. Der Ausschuß koordiniert die Untersuchungen und wird spätestens bis zum 31. März 1977 einen Bericht über das Ergebnis der Untersuchungen vorlegen.

Als Bereiche, in denen eine Zusammenarbeit Interesse finden könnte, sind u. a. genannt worden

- Exploration und Produktion von Kohlenwasserstoffen
- Verarbeitung und Vertrieb von Mineralölprodukten
- Transport und Anlandung von Erdgas
- Petrochemie
- Maschinenbau und Metallverarbeitung (u. a. Aluminium, Eisen und Stahl)
- Elektroindustrie.

Dieses Protokoll gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Norwegen innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung dieses Protokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Oslo, den 19. August 1976

Hans Friderichs

Bjartmar Gjerde

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Gambia über Kapitalhilfe

Vom 15. Oktober 1976

In Banjul ist am 4. September 1976 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Gambia über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 4. September 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Oktober 1976

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Gambia
über Kapitalhilfe**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Gambia

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Gambia,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Gambia beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Gambia, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben Wasserversorgung Banjul ein Darlehen bis zu DM 7,8 Mio (in Worten: sieben Millionen achthunderttausend Deutsche Mark) aufzunehmen.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Gambia stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Gambia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Gambia überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Gambia innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Banjul am 4. September 1976 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland
A. T ö r ö k

Für die Regierung der Republik Gambia
A. B. N j i e

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

Vom 29. Oktober 1976

I.

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Bundesgesetzbl. 1953 II S. 559) ist nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für

Iran am 26. Oktober 1976
in Kraft getreten.

Iran hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgende Vorbehalte gemacht:

(Übersetzung)

«1. Dans tous les cas où conformément aux dispositions de la présente Convention les réfugiés bénéficient du traitement le plus favorable accordé aux ressortissants d'un Etat étranger, le Gouvernement de l'Iran se réserve le droit de ne pas accorder aux réfugiés le traitement le plus favorable accordé aux nationaux des Etats avec lesquels l'Iran a conclu des accords régionaux d'établissement, ou de caractère douanier, économique et politique.

„1. In allen Fällen, in denen die Flüchtlinge nach diesem Abkommen die günstigste Behandlung genießen, die den Angehörigen eines fremden Staates gewährt wird, behält sich die Regierung von Iran das Recht vor, den Flüchtlingen nicht die günstigste Behandlung zu gewähren, die Angehörigen von Staaten gewährt wird, mit denen Iran regionale Niederlassungsabkommen, Zollabkommen oder Übereinkünfte wirtschaftlichen oder politischen Charakters geschlossen hat.

2. Le Gouvernement de l'Iran considère uniquement comme recommandations les stipulations figurant aux articles 17, 23, 24, et 26.»

2. Die Regierung von Iran betrachtet die Bestimmungen der Artikel 17, 23, 24 und 26 lediglich als Empfehlungen.“

Iran hat ferner am 27. September 1976 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 1 Abschnitt B Abs. 1 des Abkommens notifiziert, daß die in Artikel 1 Abschnitt A Abs. 2 des Abkommens enthaltenen Worte

(Übersetzung)

„events occurring before 1 January 1951“

„Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind“

in bezug auf Iran in dem Sinne verstanden werden, daß es sich um

(Übersetzung)

„events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951“

„Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind“

handelt.

Portugal hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 13. Juli 1976 notifiziert, daß es die bei seinem — am 22. März 1961 wirksam gewordenen — Beitritt zu dem genannten Abkommen vom 28. Juli 1951 erklärten Bedingungen wie folgt neu und in allgemeinerer Form abzufassen wünscht:

(Übersetzung)

1. The Convention will be applied without any geographical limitation.

1. Das Abkommen wird ohne jede geographische Begrenzung angewendet.

2. The reservations made at the time of the accession of Portugal to the Convention are hereby withdrawn and substituted by the following text:

2. Die beim Beitritt Portugals zu dem Abkommen gemachten Vorbehalte werden hiermit zurückgenommen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"In all cases in which the Convention confers upon the refugees the most favoured person status granted to nationals of a foreign country, this clause will not be interpreted in such a way as to mean the status granted by Portugal to the nationals of Brazil."

„In allen Fällen, in denen das Abkommen den Flüchtlingen das günstigste Personalstatut einräumt, das den Staatsangehörigen eines fremden Landes gewährt wird, wird diese Bestimmung nicht so ausgelegt werden, als sei damit auch das Statut gemeint, das Portugal den Staatsangehörigen Brasiliens gewährt.“

II.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Iran	am 28. Juli 1976
Portugal	am 13. Juli 1976

in Kraft getreten.

Portugal hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgende Erklärung abgegeben und folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

"1. The Protocol will be applied without any geographical limitation.

„1. Das Protokoll wird ohne jede geographische Begrenzung angewendet.

2. In all cases in which the Protocol confers upon the refugees the most favoured person status granted to nationals of a foreign country, this clause will not be interpreted in such a way as to mean the status granted by Portugal to the nationals of Brazil or to the nationals of other countries with whom Portugal may establish commonwealth type relations."

2. In allen Fällen, in denen das Protokoll den Flüchtlingen das günstigste Personalstatut einräumt, das den Staatsangehörigen eines fremden Landes gewährt wird, wird diese Bestimmung nicht so ausgelegt werden, als sei damit auch das Statut gemeint, das Portugal den Staatsangehörigen Brasiliens oder anderer Länder gewährt, mit denen Portugal in commonwealth-ähnliche Beziehungen eintritt."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 17. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. II S. 1115) und vom 8. Juni 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1066).

Bonn, den 29. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
über das Verhalten beim Fischfang im Nordatlantik**

Vom 29. Oktober 1976

Nach Artikel 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1975 zu dem Übereinkommen vom 1. Juni 1967 über das Verhalten beim Fischfang im Nordatlantik (Bundesgesetzbl. 1976 II S. 1) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 26. September 1976
in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik Deutschland ist am 28. Juni 1976 bei der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland hinterlegt worden.

Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgenden Vorbehalt gemacht:

„... daß die Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 5 und 6 des Übereinkommens im Verhältnis zu Vertragsparteien unanwendbar sind, welche die Anwendung dieser Bestimmungen durch Vorbehalt gemäß Artikel 14 Abs. 3 des Übereinkommens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ausschließen.“

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten am 26. September 1976 in Kraft getreten:

Belgien
Dänemark
Frankreich

Frankreich hat bei Hinterlegung der Genehmigungsurkunde folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

«Les paragraphes 5 et 6 de l'article 9 n'obligent le Gouvernement de la République française que vis-à-vis des Parties contractantes qui n'auront pas fait à son égard la réserve prévue par l'article 14 paragraphe 3.»

„Artikel 9 Absätze 5 und 6 verpflichten die Regierung der französischen Republik nur hinsichtlich der Vertragsparteien, die in bezug auf sie nicht den in Artikel 14 Absatz 3 vorgesehenen Vorbehalt eingelegt haben.“

Island
Niederlande
Norwegen
Portugal

Portugal hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

“Portugal, em conformidade com o parágrafo três do artigo décimo quarto da Convenção, não se considera vinculado pelas disposições dos parágrafos cinco e seis do artigo nono em relação aos Estados com os quais não mantenha relações diplomáticas.“

„Portugal betrachtet sich nach Artikel 14 Absatz 3 des Übereinkommens durch Artikel 9 Absätze 5 und 6 im Verhältnis zu den Staaten, mit denen es keine diplomatischen Beziehungen unterhält, nicht als gebunden.“

Schweden
Sowjetunion

Die Sowjetunion hat bei Hinterlegung der Genehmigungsurkunde folgenden Vorbehalt gemacht:

(Translation)

*(Übersetzung
aus dem russischen Urtext)*

“The Government of the Union of Soviet Socialist Republics consider that any dispute between two or more Contracting Parties regarding the interpretation or implementation of the Convention may be submitted to the International Court only with the consent of all the Contracting Parties participating in the dispute.”

„Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist der Ansicht, daß eine Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens nur mit Zustimmung aller an der Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden kann.“

Spanien

Spanien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgenden Vorbehalt gemacht:

(Übersetzung)

“Los párrafos 5 y 6 del artículo 9.º no obligan al Gobierno español más que con respecto a las Partes Contractantes que no hubieran hecho a tal efecto la reserva prevista en el artículo 14, párrafo 3.º”

„Artikel 9 Absätze 5 und 6 verpflichten die spanische Regierung nur in bezug auf die Vertragsparteien, die diesbezüglich nicht den in Artikel 14 Absatz 3 vorgesehenen Vorbehalt eingelegt haben.“

Vereinigtes Königreich

mit Erstreckung auf: Kanalinsel Guernsey, Kanalinsel Jersey und Insel Man.

Bonn, den 29. Oktober 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
der Protokolle zur dritten Verlängerung
des Weizenhandels- und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971**

Vom 6. November 1976

Die Protokolle vom 17. März 1976 zur dritten Verlängerung des

A. Weizenhandels-Übereinkommens von 1971

B. Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971

sind für die

Bundesrepublik Deutschland am 7. Oktober 1976 in Kraft getreten; die Beitrittsurkunden sind am selben Tage bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt worden.

Die Protokolle sind ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

A. Das Protokoll zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971

Algerien	am	28. Juli 1976
Australien	am	19. Juni 1976
Barbados	am	26. Juni 1976
Dänemark	am	19. Juni 1976
Dominikanische Republik	am	13. Juli 1976
Ecuador	am	19. Juni 1976
Indien	am	19. Juni 1976
Irland	am	7. September 1976
Kanada	am	19. Juni 1976
Korea	am	19. Juni 1976
Libyen	am	19. Juni 1976
Malta	am	19. Juni 1976
Mauritius	am	19. Juni 1976
Nigeria	am	15. September 1976
Norwegen	am	7. Juli 1976
Pakistan	am	19. Juni 1976
Panama	am	18. August 1976
Peru	am	27. Juli 1976
Saudi-Arabien	am	19. Juni 1976
Schweden	am	19. Juni 1976
Sowjetunion	am	19. Juni 1976
Südafrika	am	19. Juni 1976

Syrien am 15. September 1976

Trinidad und Tobago am 8. Juli 1976

Vatikanstadt am 19. Juni 1976

Vereinigtes Königreich am 23. September 1976

Belize, Bermuda, Britische Jungferninseln, Dominica, Gibraltar, Gilbert-Inseln, Hongkong, Montserrat, St. Christoph-Nevis-Anguilla, St. Helena und Nebengebiete, St. Vincent, Tuvalu.

Das Protokoll ist nach seinem Artikel 8 vorläufig in Kraft getreten für:

Ägypten	am	19. Juni 1976
Argentinien	am	19. Juni 1976
Belgien	am	19. Juni 1976
Costa Rica	am	23. Juni 1976
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	am	19. Juni 1976
Finnland	am	19. Juni 1976
Frankreich	am	19. Juni 1976
Griechenland	am	19. Juni 1976
Guatemala	am	19. Juni 1976
Italien	am	19. Juni 1976
Japan	am	19. Juni 1976
Kenia	am	19. Juni 1976
Luxemburg	am	19. Juni 1976
Niederlande	am	19. Juni 1976
Portugal	am	19. Juni 1976
Schweiz	am	19. Juni 1976
Spanien	am	19. Juni 1976
Tunesien	am	19. Juni 1976
Venezuela	am	1. Juli 1976
Vereinigte Staaten	am	19. Juni 1976

Die Bestimmungen der Artikel 3 bis 9 und des Artikels 21 des Übereinkommens sind gemäß Artikel 9 Buchstabe b des Protokolls am 1. Juli 1976 in Kraft getreten.

B. Das Protokoll zur dritten Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971

Australien	am	19. Juni 1976
Dänemark	am	19. Juni 1976
Irland	am	7. September 1976
Kanada	am	19. Juni 1976
Schweden	am	19. Juni 1976
Vereinigtes Königreich	am	23. September 1976

Das Protokoll ist nach seinem Artikel VIII am 19. Juni 1976 vorläufig in Kraft getreten für:

Argentinien	Italien
Belgien	Japan
Europäische Wirtschafts- gemeinschaft	Luxemburg
Finnland	Niederlande
Frankreich	Schweiz
	Vereinigte Staaten

Die Bestimmungen des Artikels II des Übereinkommens und des Artikels III des Protokolls sind gemäß Artikel IX des Protokolls am 1. Juli 1976 in Kraft getreten.

Die Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Protokolle
zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens
und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens,
welche die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1971 bilden**

**Protocols
for the Third Extension of the Wheat Trade Convention
and Food Aid Convention
Constituting the International Wheat Agreement, 1971**

(Übersetzung)

Preamble

The Conference to establish the texts of the Protocols for the third extensions of the Conventions constituting the International Wheat Agreement, 1971

CONSIDERING that the International Wheat Agreement of 1949 was revised, renewed or extended in 1953, 1956, 1959, 1962, 1965, 1966, 1967, 1968, 1971, 1974 and 1975,

CONSIDERING that the International Wheat Agreement, 1971, consisting of two separate legal instruments, the Wheat Trade Convention, 1971 and the Food Aid Convention, 1971, both of which were further extended by Protocol in 1975, will expire on 30 June 1976,

HAS ESTABLISHED the texts of Protocols for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971 and for the third extension of the Food Aid Convention, 1971.

Präambel

Die Konferenz zur Herstellung der Wortlaute der Protokolle zur dritten Verlängerung der die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1971 bildenden Übereinkommen —

IN DER ERWAGUNG, daß das Internationale Weizen-Übereinkommen von 1949 in den Jahren 1953, 1956, 1959, 1962, 1965, 1966, 1967, 1968, 1971, 1974 und 1975 revidiert, erneuert oder verlängert wurde,

IN DER ERWAGUNG, daß die Internationale Weizen-Übereinkunft von 1971, bestehend aus zwei getrennten rechtsförmlichen Urkunden, nämlich dem Weizenhandels-Übereinkommen von 1971 und dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1971, die beide 1975 durch Protokoll verlängert wurden, am 30. Juni 1976 außer Kraft treten wird —

HAT die Wortlaute der Protokolle zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 und zur dritten Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971 FESTGELEGT.

**Protokoll
zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971**

**Protocol
for the Third Extension of the Wheat Trade Convention, 1971**

(Übersetzung)

The Governments party to this Protocol

Die Vertragsregierungen dieses Protokolls —

CONSIDERING that the Wheat Trade Convention, 1971, (hereinafter referred to as "the Convention") of the International Wheat Agreement, 1971, which was further extended by Protocol in 1975, expires on 30 June 1976,

IN DER ERWAGUNG, daß das Weizenhandels-Übereinkommen von 1971 (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971, das 1975 durch Protokoll weiter verlängert wurde, am 30. Juni 1976 außer Kraft tritt —

HAVE AGREED as follows:

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Article 1

Artikel 1

Extension, expiry and termination of the Convention

**Verlängerung, Außerkrafttreten
und Beendigung des Übereinkommens**

Subject to the provisions of Article 2 of this Protocol, the Convention shall continue in force between the parties to this Protocol until 30 June 1978, provided that, if a new international agreement covering wheat enters into force before 30 June 1978, this Protocol shall remain in force only until the date of entry into force of the new agreement.

Vorbehaltlich des Artikels 2 dieses Protokolls bleibt das Übereinkommen zwischen den Vertragsparteien des Protokolls bis zum 30. Juni 1978 in Kraft; tritt jedoch vor dem 30. Juni 1978 ein neues internationales Übereinkommen über den Weizen in Kraft, so bleibt dieses Protokoll nur bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Übereinkommens in Kraft.

Article 2

Artikel 2

Inoperative provisions of the Convention

Außer Kraft tretende Bestimmungen des Übereinkommens

The following provisions of the Convention shall be deemed to be inoperative with effect from 1 July 1976:

Folgende Bestimmungen des Übereinkommens gelten mit Wirkung vom 1. Juli 1976 als außer Kraft getreten:

- (a) paragraph (4) of Article 19;
- (b) Articles 22 to 26 inclusive;
- (c) paragraph (1) of Article 27;
- (d) Articles 29 to 31 inclusive.

- a) Artikel 19 Absatz 4;
- b) Artikel 22 bis 26;
- c) Artikel 27 Absatz 1;
- d) Artikel 29 bis 31.

Article 3

Artikel 3

Definition

Begriffsbestimmung

Any reference in this Protocol to a "Government" or "Governments" shall be construed as including a reference to the European Economic Community (hereinafter referred to as "the Community"). Accordingly, any reference in this Protocol to "signature" or to the "deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or conclusion" or "an instrument of accession" or "a declaration of provisional application" by a Government shall, in the case of the Community, be construed as including signature or declaration of provisional application on behalf of the Community by its competent authority and the deposit of the instrument required by the institutional procedures of the Community to be deposited for the conclusion of an international agreement.

Jede Bezugnahme in diesem Protokoll auf eine „Regierung“ oder „Regierungen“ gilt auch als Bezugnahme auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (im folgenden als „Gemeinschaft“ bezeichnet). Entsprechend gilt jede Bezugnahme in diesem Protokoll auf die „Unterzeichnung“, die „Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlusurkunden“, eine „Beitrittsurkunde“ oder eine „Erklärung über die vorläufige Anwendung“ durch eine Regierung im Fall der Gemeinschaft auch als Bezugnahme auf die Unterzeichnung oder die Erklärung über die vorläufige Anwendung im Namen der Gemeinschaft durch deren zuständige Behörde sowie die Hinterlegung der nach den institutionellen Verfahren der Gemeinschaft zum Abschluß einer internationalen Übereinkunft zu hinterlegenden Urkunde.

Article 4
Finance

The initial contribution of any exporting or importing member acceding to this Protocol under paragraph (1)(b) of Article 7 thereof, shall be assessed by the Council on the basis of the votes to be distributed to it and the period remaining in the current crop year, but the assessments made upon other exporting and importing members for the current crop year shall not be altered.

Article 5
Signature

This Protocol shall be open for signature in Washington from 17 March 1976 until and including 7 April 1976 by Governments of countries party to the Convention as further extended by Protocol, or which are provisionally regarded as party to the Convention as further extended by Protocol, on 17 March 1976, or which are members of the United Nations, of its specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency, and are listed in Annex A or Annex B to the Convention.

Article 6
Ratification, acceptance, approval or conclusion

This Protocol shall be subject to ratification, acceptance, approval or conclusion by each signatory Government in accordance with its respective constitutional or institutional procedures. Instruments of ratification, acceptance, approval or conclusion shall be deposited with the Government of the United States of America not later than 18 June 1976, except that the Council may grant one or more extensions of time to any signatory Government that has not deposited its instrument of ratification, acceptance, approval or conclusion by that date.

Article 7
Accession

(1) This Protocol shall be open for accession

- (a) until 18 June 1976 by the Government of any member listed in Annex A or B to the Convention as of that date, except that the Council may grant one or more extensions of time to any Government that has not deposited its instrument by that date and
- (b) after 18 June 1976 by the Government of any member of the United Nations, of its specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency upon such conditions as the Council considers appropriate by not less than two-thirds of the votes cast by exporting members and two-thirds of the votes cast by importing members.

(2) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the United States of America.

(3) Where, for the purposes of the operation of the Convention and this Protocol, reference is made to members listed in Annex A or B to the Convention, any member the Government of which has acceded to the Convention on conditions prescribed by the Council, or to this Protocol in accordance with paragraph (1)(b) of this Article, shall be deemed to be listed in the appropriate Annex.

Artikel 4
Finanzfragen

Den ersten Beitrag eines Ausfuhr- oder eines Einfuhrmitglieds, das diesem Protokoll nach seinem Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe b beiträgt, setzt der Rat auf der Grundlage der diesem Mitglied zuzuteilenden Stimmenzahl und des für das laufende Erntejahr verbleibenden Zeitabschnitts fest, ohne jedoch die für das laufende Erntejahr für die anderen Ausfuhr- und Einfuhrmitglieder festgesetzten Beiträge zu ändern.

Artikel 5
Unterzeichnung

Dieses Protokoll liegt für die Regierungen der Staaten, die am 17. März 1976 Vertragsparteien des Übereinkommens in der durch Protokoll weiter verlängerten Fassung sind oder als vorläufige Vertragsparteien des Übereinkommens in der durch Protokoll weiter verlängerten Fassung gelten oder die Mitglieder der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation sind und die in Anlage A oder Anlage B des Übereinkommens aufgeführt sind, vom 17. März 1976 bis zum 7. April 1976 in Washington zur Unterzeichnung auf.

Artikel 6
Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Abschluß

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder des Abschlusses durch jede Unterzeichnerregierung nach Maßgabe ihrer verfassungsmäßigen oder institutionellen Verfahren. Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunden sind bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bis zum 18. Juni 1976 zu hinterlegen; jedoch kann der Rat einer Unterzeichnerregierung, die ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

Artikel 7
Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt wie folgt zum Beitritt auf:

- a) bis zum 18. Juni 1976 für die Regierung jedes Mitglieds, das zu diesem Zeitpunkt in Anlage A oder B des Übereinkommens aufgeführt ist; jedoch kann der Rat einer Regierung, die ihre Urkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren; sowie
- b) nach dem 18. Juni 1976 für die Regierung jedes Mitglieds der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation zu Bedingungen, die der Rat mit mindestens zwei Dritteln der von den Ausfuhrmitgliedern abgegebenen Stimmen und zwei Dritteln der von den Einfuhrmitgliedern abgegebenen Stimmen für angemessen erklärt.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

(3) Wird zwecks Durchführung des Übereinkommens und dieses Protokolls auf Mitglieder Bezug genommen, die in Anlage A oder B des Übereinkommens aufgeführt sind, so gilt jedes Mitglied, dessen Regierung dem Übereinkommen unter den vom Rat vorgeschriebenen Bedingungen oder diesem Protokoll nach Absatz 1 Buchstabe b beigetreten ist, als in der entsprechenden Anlage aufgeführt.

Article 8**Provisional application**

Any signatory Government may deposit with the Government of the United States of America a declaration of provisional application of this Protocol. Any other Government eligible to sign this Protocol or whose application for accession is approved by the Council may also deposit with the Government of the United States of America a declaration of provisional application. Any Government depositing such a declaration shall provisionally apply this Protocol and be provisionally regarded as a party thereto.

Article 9**Entry into force**

(1) This Protocol shall enter into force among those Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application, in accordance with Articles 6, 7 and 8 of this Protocol by 18 June 1976, as follows:

- (a) on 19 June 1976, with respect to all provisions of the Convention other than Articles 3 to 9 inclusive and Article 21, and
- (b) on 1 July 1976, with respect to Articles 3 to 9 inclusive, and Article 21 of the Convention,

if such instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application have been deposited not later than 18 June 1976 on behalf of Governments representing exporting members which held at least 60 per cent of the votes set out in Annex A and representing importing members which held at least 50 per cent of the votes set out in Annex B, or would have held such votes respectively if they had been parties to the Convention on that date.

(2) This Protocol shall enter into force for any Government that deposits an instrument of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession after 19 June 1976 in accordance with the relevant provisions of this Protocol, on the date of such deposit except that no part of it shall enter into force for such a Government until that part enters into force for other Governments under paragraph (1) or (3) of this Article.

(3) If this Protocol does not enter into force in accordance with paragraph (1) of this Article, the Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application, may decide by mutual consent that it shall enter into force among those Governments that have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application.

Article 10**Notification by depositary Government**

The Government of the United States of America as the depositary Government shall notify all signatory and acceding Governments of each signature, ratification, acceptance, approval, conclusion, provisional application of, and accession to, this Protocol, as well as of each notification and notice received under Article 27 of the Convention and each declaration and notification received under Article 28 of the Convention.

Artikel 8**Vorläufige Anwendung**

Jede Unterzeichnerregierung kann bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erklärung über die vorläufige Anwendung dieses Protokolls hinterlegen. Jede andere Regierung, welche die Voraussetzungen für die Unterzeichnung dieses Protokolls erfüllt oder deren Beitrittsersuchen vom Rat genehmigt ist, kann ebenfalls bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erklärung über die vorläufige Anwendung hinterlegen. Jede Regierung, die eine solche Erklärung hinterlegt, wendet dieses Protokoll vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel 9**Inkrafttreten**

(1) Dieses Protokoll tritt zwischen den Regierungen, die bis zum 18. Juni 1976 Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung nach den Artikeln 6, 7 und 8 hinterlegt haben, wie folgt in Kraft:

- a) am 19. Juni 1976 hinsichtlich aller Bestimmungen des Übereinkommens mit Ausnahme der Artikel 3 bis 9 und des Artikels 21 und
- b) am 1. Juli 1976 hinsichtlich der Artikel 3 bis 9 und des Artikels 21 des Übereinkommens,

sofern diese Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder die Erklärungen über die vorläufige Anwendung bis zum 18. Juni 1976 für Regierungen hinterlegt worden sind, die Ausführungsmitglieder vertreten, denen mindestens 60 v. H. der in Anlage A angegebenen Stimmen zustanden, und die Einfuhrmitglieder vertreten, denen mindestens 50 v. H. der in Anlage B angegebenen Stimmen zustanden oder denen diese Stimmen jeweils zugestanden hätten, wenn sie zu jenem Zeitpunkt Vertragsparteien des Übereinkommens gewesen wären.

(2) Dieses Protokoll tritt für eine Regierung, die nach dem 9. Juni 1976 gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Protokolls eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, am Tag dieser Hinterlegung in Kraft; jedoch tritt für diese Regierung kein Teil des Protokolls in Kraft, ehe er nach Absatz 1 oder 3 auch für andere Regierungen in Kraft tritt.

(3) Tritt dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 in Kraft, so können die Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, in gegenseitigem Einvernehmen beschließen, daß es zwischen den Regierungen in Kraft treten soll, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben.

Artikel 10**Notifikation durch die Verwahrregierung**

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika als Verwahrregierung notifiziert allen Unterzeichnerregierungen und beitretenden Regierungen jede Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung, jeden Abschluß und jede vorläufige Anwendung dieses Protokolls und jeden Beitritt zu demselben sowie alle nach Artikel 27 des Übereinkommens eingegangenen Notifikationen und Anzeigen und alle nach Artikel 28 des Übereinkommens eingegangenen Erklärungen und Notifikationen.

Article 11**Certified copy of the Protocol**

As soon as possible after the definitive entry into force of this Protocol, the depositary Government shall send a certified copy of this Protocol in the English, French, Russian and Spanish languages to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations. Any amendments to this Protocol shall likewise be communicated.

Article 12**Relationship of Preamble to Protocol**

This Protocol includes the Preamble to the Protocols for the third extension of the International Wheat Agreement, 1971.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments or authorities, have signed this Protocol on the dates appearing opposite their signatures.

The texts of this Protocol in the English, French, Russian and Spanish languages shall be equally authentic. The originals shall be deposited with the Government of the United States of America, which shall transmit certified copies thereof to each signatory and acceding party and to the Executive Secretary of the Council.

Artikel 11**Beglaubigte Abschrift des Protokolls**

Nach dem endgültigen Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt die Verwahrregierung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen so bald wie möglich eine beglaubigte Abschrift des Protokolls in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache zur Registrierung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen. Änderungen dieses Protokolls werden ebenfalls übermittelt.

Artikel 12**Verhältnis der Präambel zum Protokoll**

Die Präambel der Protokolle zur dritten Verlängerung der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971 ist Bestandteil dieses Protokolls.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen oder Behörden hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll an dem jeweils neben ihrer Unterschrift vermerkten Tag unterschrieben.

Der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Protokolls ist gleichermaßen verbindlich. Die Urschriften werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei, die dieses Protokoll unterzeichnet oder ihm beitrifft, sowie dem Exekutivsekretär des Rates beglaubigte Abschriften.

Protokoll
zur dritten Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971

Protocol
for the Third Extension of the Food Aid Convention, 1971

(Übersetzung)

The parties to this Protocol,

CONSIDERING that the Food Aid Convention, 1971 (hereinafter referred to as "the Convention") of the International Wheat Agreement, 1971, which was further extended by Protocol in 1975, expires on 30 June 1976,

HAVE AGREED as follows:

Article I**Extension, expiry and termination of the Convention**

Subject to the provisions of Article II of this Protocol, the Convention shall continue in force between the parties to this Protocol until 30 June 1978, provided that, if a new agreement covering food aid enters into force before 30 June 1978, this Protocol shall remain in force only until the date of entry into force of the new agreement.

Article II**Inoperative provisions of the Convention**

The provisions of paragraphs (1), (2) and (3) of Article II, of paragraph (1) of Article III, and of Articles VI to XIV, inclusive, of the Convention shall be deemed to be inoperative with effect from 1 July 1976.

Article III**International food aid**

(1) The parties to this Protocol agree to contribute as food aid to the developing countries, wheat, coarse grains or products derived therefrom, suitable for human consumption and of an acceptable type and quality, or the cash equivalent thereof, in the minimum annual amounts specified in paragraph (2) below:

(2) The minimum annual contribution of each party to this Protocol is fixed as follows:

	Metric tons
Argentina	23,000
Australia	225,000
Canada	495,000
European Economic Community	1,287,000
Finland	14,000
Japan	225,000
Sweden	35,000
Switzerland	32,000
United States of America	1,890,000

(3) For the purpose of the operation of this Protocol, any party which has signed this Protocol pursuant to paragraph (2) of Article V thereof, or which has acceded

Die Vertragsparteien dieses Protokolls —

IN DER ERWAGUNG, daß das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1971 (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971, das 1975 durch Protokoll weiter verlängert wurde, am 30. Juni 1976 außer Kraft tritt —

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel I**Verlängerung, Außerkrafttreten und Beendigung des Übereinkommens**

Vorbehaltlich des Artikels II dieses Protokolls bleibt das Übereinkommen zwischen den Vertragsparteien des Protokolls bis zum 30. Juni 1978 in Kraft; tritt jedoch vor dem 30. Juni 1978 ein neues Übereinkommen über die Nahrungsmittelhilfe in Kraft, so bleibt dieses Protokoll nur bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Übereinkommens in Kraft.

Artikel II**Außer Kraft tretende Bestimmungen des Übereinkommens**

Artikel II Absätze 1, 2 und 3, Artikel III Absatz 1 und die Artikel VI bis XIV des Übereinkommens gelten mit Wirkung vom 1. Juli 1976 als außer Kraft getreten.

Artikel III**Internationale Nahrungsmittelhilfe**

(1) Die Vertragsparteien dieses Protokolls erklären sich bereit, als Nahrungsmittelhilfe für Entwicklungsländer Weizen, anderes Getreide oder daraus gewonnene Erzeugnisse, die für den menschlichen Verzehr geeignet und von annehmbarer Type und Qualität sind, oder deren Gegenwert in Geld in den in Absatz 2 bezeichneten jährlichen Mindestmengen zur Verfügung zu stellen.

(2) Der jährliche Mindestbeitrag jeder Vertragspartei dieses Protokolls wird wie folgt festgesetzt:

	Metrische Tonnen
Argentinien	23 000
Australien	225 000
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	1 287 000
Finnland	14 000
Japan	225 000
Kanada	495 000
Schweden	35 000
Schweiz	32 000
Vereinigte Staaten von Amerika	1 890 000

(3) Für die Anwendung dieses Protokolls gilt jede Vertragspartei, die das Protokoll nach seinem Artikel V Absatz 2 unterzeichnet hat oder ihm nach seinem Arti-

to this Protocol pursuant to paragraph (2) or (3) of Article VII thereof, shall be deemed to be listed in paragraph (2) of Article III of this Protocol together with the minimum contribution of such party as determined in accordance with the relevant provisions of Article V or Article VII of this Protocol.

Article IV

Food Aid Committee

There shall be established a Food Aid Committee whose membership shall consist of the parties listed in paragraph (2) of Article III of this Protocol and of those others that become parties to this Protocol. The Committee shall appoint a Chairman and a Vice-Chairman.

Article V

Signature

(1) This Protocol shall be open for signature in Washington from 17 March 1976 until and including 7 April 1976 by the Governments of Argentina, Australia, Canada, Finland, Japan, Sweden, Switzerland and the United States of America, and by the European Economic Community and its member States, provided that they sign both this Protocol and the Protocol for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971.

(2) This Protocol shall also be open for signature, on the same conditions, to any party to the Food Aid Convention, 1967 which is not enumerated in paragraph (1) of this Article, provided that its contribution is at least equal to that which it agreed to make in the Food Aid Convention, 1967.

Article VI

Ratification, acceptance, approval or conclusion

This Protocol shall be subject to ratification, acceptance, approval or conclusion by each signatory in accordance with its constitutional or institutional procedures, provided that it also ratifies, accepts, approves or concludes the Protocol for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971. Instruments of ratification, acceptance, approval or conclusion shall be deposited with the Government of the United States of America not later than 18 June 1976, except that the Food Aid Committee may grant one or more extensions of time to any signatory that has not deposited its instrument of ratification, acceptance, approval or conclusion by that date.

Article VII

Accession

(1) This Protocol shall be open for accession by any party referred to in Article V of this Protocol, provided it also accedes to the Protocol for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971 and provided further that in the case of any party referred to in paragraph (2) of Article V its contribution is at least equal to that which it agreed to make in the Food Aid Convention, 1967. Instruments of accession under this paragraph shall be deposited not later than 18 June 1976, except that the Food Aid Committee may grant one or more extensions of time to any party that has not deposited its instrument of accession by that date.

kel VII Absatz 2 oder 3 beigetreten ist, zusammen mit ihrem nach den einschlägigen Bestimmungen des Artikels V oder VII festgesetzten Mindestbeitrag als in Artikel III Absatz 2 aufgeführt.

Artikel IV

Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß

Es wird ein Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß eingesetzt, dem die in Artikel III Absatz 2 aufgeführten Vertragsparteien und diejenigen anderen Parteien angehören, die Vertragsparteien dieses Protokolls werden. Der Ausschuß bestimmt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel V

Unterzeichnung

(1) Dieses Protokoll liegt vom 17. März 1976 bis zum 7. April 1976 in Washington für die Regierungen Argentiniens, Australiens, Finnlands, Japans, Kanadas, Schwedens, der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung auf; Voraussetzung hierfür ist, daß sie auch das Protokoll zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 unterzeichnen.

(2) Dieses Protokoll liegt zu denselben Bedingungen auch für jede Vertragspartei des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1967, die nicht in Absatz 1 aufgeführt ist, zur Unterzeichnung auf; Voraussetzung hierfür ist, daß ihr Beitrag mindestens demjenigen entspricht, den sie nach dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1967 übernommen hatte.

Artikel VI

Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Abschluß

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder des Abschlusses durch jeden Unterzeichner nach Maßgabe seiner verfassungsmäßigen oder institutionellen Verfahren; Voraussetzung hierfür ist, daß er auch das Protokoll zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 ratifiziert, annimmt, genehmigt oder schließt. Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunden sind bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bis zum 18. Juni 1976 zu hinterlegen; jedoch kann der Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß einem Unterzeichner, der seine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Abschlußurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

Artikel VII

Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt für jede in Artikel V bezeichnete Vertragspartei zum Beitritt auf, sofern sie auch dem Protokoll zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 beitritt und sofern der Beitrag einer in Artikel V Absatz 2 bezeichneten Vertragspartei mindestens demjenigen Beitrag entspricht, den sie nach dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1967 übernommen hatte. Die Beitrittsurkunden nach diesem Absatz sind bis zum 18. Juni 1976 zu hinterlegen; jedoch kann der Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß einer Vertragspartei, die ihre Beitrittsurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.

(2) The Food Aid Committee may approve accession to this Protocol, as a donor, by the Government of any member of the United Nations, of its specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency, on such conditions as the Food Aid Committee considers appropriate, provided that the Government also accedes at the same time to the Protocol for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971, if not already a party to it.

(3) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the United States of America.

Article VIII

Provisional application

Any party referred to in Article V of this Protocol may deposit with the Government of the United States of America a declaration of provisional application of this Protocol, provided it also deposits a declaration of provisional application of the Protocol for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971. Any other party whose application for accession is approved may also deposit with the Government of the United States of America a declaration of provisional application, provided that the party also deposits a declaration of provisional application of the Protocol for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971, unless it is already a party to that Protocol or has already deposited a declaration of provisional application of that Protocol. Any such party depositing such a declaration shall provisionally apply this Protocol and be provisionally regarded as a party thereto.

Article IX

Entry into force

(1) This Protocol shall enter into force for those parties that have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession

- (a) on 19 June 1976 with respect to all provisions other than Article II of the Convention and Article III of the Protocol, and
- (b) on 1 July 1976 with respect to Article II of the Convention and Article III of the Protocol

provided that all parties listed in paragraph (1) of Article V of this Protocol have deposited such instruments or a declaration of provisional application by 18 June 1976 and that the Protocol for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971 is in force. For any other party that deposits an instrument of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession after the entry into force of the Protocol, this Protocol shall enter into force on the date of such deposit.

(2) If this Protocol does not enter into force in accordance with the provisions of paragraph (1) of this Article, the parties which by 19 June 1976 have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application may decide by mutual consent that it shall enter into force among those parties that have deposited instruments of ratification, acceptance, approval, conclusion or accession, or declarations of provisional application, provided that the Protocol for the third extension of the Wheat Trade Convention, 1971 is in force, or they may take whatever other action they consider the situation requires.

(2) Der Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß kann den Beitritt der Regierung eines Mitglieds der Vereinten Nationen oder ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation zu diesem Protokoll als Geber zu Bedingungen genehmigen, die er für angemessen hält; Voraussetzung hierfür ist, daß die Regierung gleichzeitig auch dem Protokoll zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 beitrifft, wenn sie nicht bereits Vertragspartei jenes Protokolls ist.

(3) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel VIII

Vorläufige Anwendung

Jede in Artikel V bezeichnete Vertragspartei dieses Protokolls kann bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erklärung über die vorläufige Anwendung des Protokolls hinterlegen, sofern sie auch eine Erklärung über die vorläufige Anwendung des Protokolls zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 hinterlegt. Jede andere Vertragspartei, deren Beitrittsersuchen genehmigt ist, kann ebenfalls bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erklärung über die vorläufige Anwendung hinterlegen, sofern sie auch eine Erklärung über die vorläufige Anwendung des Protokolls zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 hinterlegt, es sei denn, sie ist bereits Vertragspartei jenes Protokolls oder hat bereits eine Erklärung über seine vorläufige Anwendung hinterlegt. Jede Vertragspartei, die ein solche Erklärung hinterlegt, wendet dieses Protokoll vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel IX

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt für diejenigen Vertragsparteien, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, wie folgt in Kraft:

- a) am 19. Juni 1976 hinsichtlich aller Bestimmungen mit Ausnahme des Artikels II des Übereinkommens und des Artikels III des Protokolls und
- b) am 1. Juli 1976 hinsichtlich des Artikels II des Übereinkommens und des Artikels III des Protokolls,

sofern alle in Artikel V Absatz 1 aufgeführten Vertragsparteien bis zum 18. Juni 1976 eine der genannten Urkunden oder eine Erklärung über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben und sofern das Protokoll zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 in Kraft ist. Für jede andere Vertragspartei, die eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunde nach Inkrafttreten dieses Protokolls hinterlegt, tritt es am Tag dieser Hinterlegung in Kraft.

(2) Tritt dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 in Kraft, so können die Vertragsparteien, die bis zum 19. Juni 1976 Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, in gegenseitigem Einvernehmen beschließen, daß es zwischen den Vertragsparteien in Kraft treten soll, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Abschluß- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, sofern das Protokoll zur dritten Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 in Kraft ist, oder sie können andere Schritte unternehmen, die sie auf Grund der Lage für erforderlich halten.

Article X**Notification by depositary Government**

The Government of the United States of America as the depositary Government shall notify all signatory and acceding parties of each signature, ratification, acceptance, approval, conclusion, provisional application of, and accession to this Protocol.

Article XI**Certified copy of the Protocol**

As soon as possible after the definitive entry into force of this Protocol, the depositary Government shall send a certified copy of this Protocol in the English, French, Russian and Spanish languages to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations. Any amendments to this Protocol shall likewise be communicated.

Article XII**Relationship of Preamble to Protocol**

This Protocol includes the Preamble to the Protocols for the third extension of the International Wheat Agreement, 1971.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having been duly authorized to this effect by their respective Governments or authorities, have signed this Protocol on the dates appearing opposite their signatures.

The texts of this Protocol in the English, French, Russian and Spanish languages shall all be equally authentic. The originals shall be deposited with the Government of the United States of America, which shall transmit certified copies thereof to each signatory and acceding party.

Artikel X**Notifikation durch die Verwahrregierung**

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika als Verwahrregierung notifiziert allen Vertragsparteien, die dieses Protokoll unterzeichnen oder ihm beitreten, jede Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung, jeden Abschluß und jede vorläufige Anwendung des Protokolls sowie jeden Beitritt zu demselben.

Artikel XI**Beglaubigte Abschrift des Protokolls**

Nach dem endgültigen Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt die Verwahrregierung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen so bald wie möglich eine beglaubigte Abschrift des Protokolls in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache zur Registrierung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen. Änderungen dieses Protokolls werden ebenfalls übermittelt.

Artikel XII**Verhältnis der Präambel zum Protokoll**

Die Präambel der Protokolle zur dritten Verlängerung der Internationalen Weizen-Übereinkunft von 1971 ist Bestandteil dieses Protokolls.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen oder Behörden hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll an dem jeweils neben ihrer Unterschrift vermerkten Tag unterschrieben.

Der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Protokolls ist gleichermaßen verbindlich. Die Urschriften werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei, die dieses Übereinkommen unterzeichnet oder ihm beitrifft, beglaubigte Abschriften.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung des Europarats
sowie über die Änderung ihres Artikels 26**

Vom 9. November 1976

Portugal ist der Satzung des Europarats vom 5. Mai 1949 (Bundesgesetzbl. 1950 S. 263) beigetreten. Der Beitritt Portugals ist nach Artikel 4 der Satzung

am 22. September 1976

wirksam geworden.

Das Ministerkomitee und die Beratende Versammlung des Europarats haben einer weiteren Änderung des Artikels 26 der Satzung des Europarats zugestimmt; die bisher geltende Fassung des Artikels 26 war zuletzt mit den Bekanntmachungen vom 28. April 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 243) und vom 23. Januar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 163) veröffentlicht worden. Die Änderung ist nach Artikel 41 Abs. d der Satzung am 2. Oktober 1976 in Kraft getreten. Der Wortlaut des geänderten Artikels 26 wird nachstehend in englischer und französischer Sprache mit einer deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Januar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 163).

Bonn, den 9. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

(Übersetzung)

The amended text of Article 26 is worded as follows:

„Members shall be entitled to the number of Representatives given below:

Austria	6
Belgium	7
Cyprus	3
Denmark	5
France	18
Federal Republic of Germany	18
Greece	7
Iceland	3
Ireland	4
Italy	18
Luxembourg	3
Malta	3
Netherlands	7
Norway	5
Portugal	7
Sweden	6
Switzerland	6
Turkey	10
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	18"

Le texte amendé dudit article 26 est libellé comme suit:

«Les Membres ont droit au nombre de sièges suivants:

Autriche	6
Belgique	7
Chypre	3
Danemark	5
France	18
République Fédérale d'Allemagne	18
Grèce	7
Islande	3
Irlande	4
Italie	18
Luxembourg	3
Malte	3
Pays-Bas	7
Norvège	5
Portugal	7
Suède	6
Suisse	6
Turquie	10
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	18»

Der geänderte Wortlaut des Artikels 26 lautet wie folgt:

„Die Mitglieder haben Anspruch auf die nachstehend angegebene Zahl von Sitzen:

Österreich	6
Belgien	7
Zypern	3
Dänemark	5
Frankreich	18
Bundesrepublik Deutschland	18
Griechenland	7
Island	3
Irland	4
Italien	18
Luxemburg	3
Malta	3
Niederlande	7
Norwegen	5
Portugal	7
Schweden	6
Schweiz	6
Türkei	10
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	18"

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls
wegen Verbots des Gaskriegs**

Vom 9. November 1976

Das Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 173) ist für

Katar

am 18. Oktober 1976

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Oktober 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1719).

Bonn, den 9. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen
der Vereinten Nationen**

Vom 9. November 1976

Ägypten hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß es die Bestimmungen des am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 639) nach dessen Artikel XI § 43

mit Wirkung vom 24. Mai 1976

auf die Internationale Finanz-Corporation — IFC — (Anhang XIII des Abkommens) anwendet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Juni 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1015).

Bonn, den 9. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Einheits-Übereinkommens von 1961
über Suchtstoffe**

Vom 9. November 1976

Das Protokoll vom 25. März 1972 zur Änderung des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 2) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Kanada am 4. September 1976
in Kraft getreten.

Kanada hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde Vorbehalte zu Artikel 14 Abs. 2 Buchstabe b Ziffern i, ii und iii des Protokolls gemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. September 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1651).

Bonn, den 9. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Leistung freiwilliger Beiträge zur Durchführung
des Vorhabens zur Erhaltung des Borobudur**

Vom 9. November 1976

Das Übereinkommen vom 29. Januar 1973 über die Leistung freiwilliger Beiträge zur Durchführung des Vorhabens zur Erhaltung des Borobudur (Bundesgesetzbl. 1974 II S. 80) ist nach seinem Artikel V für

Irak am 24. Juni 1976
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. September 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1697).

Bonn, den 9. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über Flüchtlingsseeleute**

Vom 9. November 1976

Das Protokoll vom 12. Juni 1973 über Flüchtlingsseeleute (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 421) ist nach seinem Artikel IV Abs. 2 für

Jugoslawien am 23. September 1976
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Oktober 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 1437).

Bonn, den 9. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 56
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Krankenversicherung der Schiffsleute**

Vom 12. November 1976

Frankreich hat die Anwendung des von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation am 24. Oktober 1936 in Genf angenommenen Übereinkommens Nr. 56 über die Krankenversicherung der Schiffsleute (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 891) auf Grund einer vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes am 27. November 1974 registrierten Erklärung ohne Änderungen auf seine Übersee-Gebiete

Französisch-Polynesien,
Französisches Afar- und Issa-Territorium,
Neukaledonien und
St. Pierre und Miquelon

erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Januar 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 56).

Bonn, den 12. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 63
der Internationalen Arbeitsorganisation
über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit
in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und der Industrie,
einschließlich des Baugewerbes, sowie in der Landwirtschaft

Vom 12. November 1976

Frankreich hat die Anwendung des von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation am 20. Juni 1938 in Genf angenommenen Übereinkommens Nr. 63 über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und der Industrie, einschließlich des Baugewerbes, sowie in der Landwirtschaft (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 437) auf Grund einer vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes am 27. November 1974 registrierten Erklärung ohne Änderungen auf seine Überseegebiete

Französisch-Polynesien,
Französisches Afar- und Issa-Territorium,
Neukaledonien und
St. Pierre und Miquelon

erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 1519).

Bonn, den 12. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 22. November 1976

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 14. September 1976 zu dem Abkommen vom 23. Dezember 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Bundesgesetzbl. 1976 II S. 1653) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 sowie das dazugehörige Schlußprotokoll vom selben Tag

am 19. November 1976

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind am 4. November 1976 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 22. November 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 309. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Oktober 1976, ist im Bundesanzeiger Nr. 217 vom 16. November 1976 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 217 vom 16. November 1976 kann zum Preis von 1,— DM (einschl. Versandgebühren) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten) bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.